

Ende der Besetzung des Iraks im Juni 2004

Abkommen über die Rückgabe der Souveränität

Der irakische Regierende Rat hat am Samstag ein Abkommen mit dem amerikanischen Militärverwalter Bremer unterzeichnet, wonach die Besetzerkoalition Ende Juni 2004 die Souveränität an eine gewählte irakische Übergangsregierung abtritt - bevor eine neue Verfassung in Kraft tritt. Das entspricht dem Drängen der Iraker und soll die amerikanische Präsidentschaftswahl von der Last der Besetzerverantwortung befreien.

vk. Limassol, 16. November

Keine 48 Stunden nach dringlichen Beratungen des amerikanischen Militärverwalters Bremer im Weissen Haus hat am Samstag der irakische Regierende Rat von den Amerikanern eine schriftliche Verpflichtung auf die Rückgabe der Souveränität an eine gewählte irakische Übergangsregierung per Ende Juni 2004 erhalten. Das bedeutet eine Kehrtwende Washingtons, welches noch vor kurzer Zeit die Iraker und deren Regierungsrat als politisch unreif und unfähig zur Übernahme der vollen Verantwortung charakterisiert hatte. In irakischen Augen ist die Wende dem Beharren auf der eigenen Mündigkeit zu verdanken, sei es auf friedlichem Weg oder durch bewaffneten Widerstand. Mit der Ermächtigung der Übergangsregierung soll die amerikanische Besetzung aufhören und sich in eine «Militärpräsenz im Einverständnis mit den irakischen Behörden» verwandeln. Die Militärverwaltung der Besetzerkoalition löst sich dann auf, und damit kann sich Washington auch der Verantwortung für ein allfälliges Misslingen des politischen Projekts eines neuen Irak entledigen.

Bestimmung einer neuen Regierung

Der Vorsitzende des Regierungsrats, Talabani, skizzierte am Samstag an einer Pressekonferenz in Bagdad das Abkommen mit Bremer. Dieser hatte nur Stunden zuvor die Einwilligung der amerikanischen Führung zur beschleunigten Rückgabe der Souveränität überbracht. Das Abkommen umfasst als Ersatz für die weiterhin ausstehende neue Verfassung die Grundzüge eines Übergangsgesetzes, welches ein föderativ-demokratisches System, die dezentralisierte Verwaltung der Provinzen, die Gewaltentrennung und den Schutz der Bürger- und Minderheitenrechte festhält. Der jetzige Regierungsrat löst sich im nächsten Frühjahr auf. Bis Ende Mai 2004 muss mit einem behelfsmässigen Wahlverfahren in einer «repräsentativen nationalen Versammlung» ein neuer Regierender Rat bestimmt werden, welcher seinerseits ein neues Kabinett nominiert. Per Ende Juni tritt die Koalitions-Militärverwaltung die «international anerkannte Souveränität» an den neuen Rat ab und löst sich selbst auf. Im Weiteren wäre dann bis Ende 2005 ein neues Grundgesetz zu verfassen und die Wahl einer hundertprozentig legitimen Regierung zu veranstalten.

Die zugesagte Rückgabe der Souveränität an die Iraker löst zwar keine der dornigen Verfahrensfragen beim Aufbau eines neuen Staats, aber sie schiebt endlich der wachsenden Diskreditierung der neu geschaffenen irakischen Institutionen einen Riegel. Unter dem stetigen

Feuer des Guerillakriegs sowohl gegen die amerikanischen Truppen als auch gegen die von den Besatzern aufgebauten Sicherheitskräfte und selbst Mitglieder des Regierungsrats gerieten diese irakischen Institutionen zusehends ins schiefe Licht von Kollaborateuren. Wenn nun aber diese Institutionen zu den Trägern eines souveränen Staates werden, verwandelt sich der Widerstand gegen die Besetzer in einen internen Machtkampf, und entsprechend werden die hehren Widerstandskämpfer zu Saboteuren und Terroristen. Die Aussicht auf eine einigermaßen unabhängige Regierung müsste zudem auch jene irakischen Führungskräfte aus der Reserve holen, welche sich bisher nicht in dem Übergangsspiel unter amerikanischer Bevormundung verheizen lassen wollten.

Herausforderung für das irakische Volk

Doch umgekehrt entfällt auch das Sicherheitsnetz der Besatzungsverwaltung, welche den irakischen Politikern eine grenzenlose Zeit für ihre Haarspaltereien zwischen ethnischen und religiösen Minderheiten zu gewähren schien. Nun stellen sich schonungslos die Schicksalsfragen, ob die jahrzehntelang unterdrückte schiitische Majorität kraft ihrer Stimmenmehrheit die Macht im Lande übernehmen soll oder nicht, wie die anderen Gruppen Anteil an der Regierung haben werden und ob der Irak eine säkulare oder eine islamische Ordnung erhält. Der Rückzug der fremden Truppen von der Strasse und die Setzung klarer Termine stellen schliesslich die ganze Bevölkerung vor die Frage, ob sie dem blutigen Spiel mit der öffentlichen Sicherheit und Ordnung weiter zusehen darf oder ob ein Schulterchluss mit einer neuen, legitimen Regierung gegen die gewalttätigen Oppositionsgruppen und deren extremistische Verbündete aus dem Ausland möglich ist.

Absturz zweier Helikopter

Die jüngste Illustration für die schwierige Lage der amerikanischen Besatzertruppen lieferte der Absturz zweier Kampfhelikopter in Mossul am Samstag. Nach Angaben eines Militärsprechers verloren 17 Soldaten ihr Leben, 5 wurden verletzt, ein weiterer Soldat wurde vermisst. Augenzeugen erklärten, einer der Helikopter sei von einer Rakete getroffen worden und nachher mit dem zweiten zusammengestossen. Die beiden Maschinen stürzten über einem Residenzviertel von Mossul im Nordirak ab. Der letzte Abschuss eines Chinook-Transporthelikopters bei Fallujah, bei dem 16 Amerikaner umkamen, liegt erst fünf Tage zurück.

.....
Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

<http://www.nzz.ch/dossiers/2002/irak/2003.11.17-al-article98EM1.html>

.....

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

.....